

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – Landesverband Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
Tel: 0361-55503-10, Fax: 0361-55503-19, E-Mail: bund.thueringen@bund.net

Erfurt, 10.10.07

BUND Thüringen begrüßt klare Aussagen von Staatssekretär Baldus zum Ende der Werraversalzung

Erfurt. Der BUND Thüringen begrüßt die klaren Aussagen von Staatssekretär Baldus zum Ende der Werraversalzung in der gestrigen Informationsveranstaltung in Dankmarshausen. Ausdrücklich unterstützt der BUND Thüringen die Forderungen von Staatssekretär Baldus nach einer Gesamtlösung für die Entsorgung von Salzabwässern von Kali + Salz unter Einbeziehung von Bevölkerung und Umwelt.

„Wir begrüßen, dass sich Staatssekretär Baldus in dieser deutlichen Form für ein Ende der Verpressung und Verklappung von Kalilauge im Werragebiet ausgesprochen hat“, erklärte Dr. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen. „Es bleibt zu hoffen, dass das Machtwort des Staatssekretärs endlich auch die Konzernspitze von Kali + Salz erreicht. Der Konzern muss erkennen, dass seine Entsorgungspolitik aus Zeiten des zweiten Weltkrieges mit den Umweltstandards des 21. Jahrhunderts nicht mehr vereinbar ist und längst die politische Unterstützung verloren hat.“

Nach Angaben des BUND Thüringen hat Staatssekretär Baldus die Verpressung von Kalilauge in der Gerstunger Mulde als „Auslaufmodell“ bezeichnet. Außerdem habe der Staatssekretär deutlich gemacht, dass Kali + Salz als Verursacher der Abwässer auch für die Kosten zu deren Entsorgung auf zu kommen habe. Nach Einschätzung von Vogel hat der Freistaat damit dem Konzern eindeutig die Rote Karte gezeigt.

„Jetzt kommt es darauf an, dass den deutlichen Worten des Staatssekretärs auch Taten folgen“, erklärte Vogel weiter. Bisher habe Kali + Salz für seine Entsorgungspolitik die offiziellen Genehmigungen der Thüringer Behörden gehabt. Auch die Verpressung in der Gerstunger Mulde, die jetzt zur Versalzung des Trinkwassers führten, seien durch das Landesbergamt ohne förmliches Verfahren als „Probetrieb“ genehmigt worden. Erst der Widerspruch der Gemeinde Gerstungen führe jetzt zum Stopp der Verpressung, bei der bereits ca. 9 Millionen Kubikmeter Kalilauge im Untergrund versenkt worden seien.

„Wir fordern den Vorstand von Kali + Salz auf, seine Verantwortung für die Region wahrzunehmen, die dem Konzern über Jahrzehnte Gewinne gebracht hat. Kali + Salz muss eine tragfähige Lösung für die Entsorgung seiner Salzabwässer auf den Tisch bringen“, sagte Vogel.

Für Rückfragen:

Dr. Burkhard Vogel, Tel. 0170 73 19 593